

KAI EHLERS

Rußland:

Autoritärer oder demokratischer

Weg aus der Krise?

Rußland ist an einen neuen Wendepunkt seiner Entwicklung gekommen. Eine Phase der Restauration der sozialen Beziehungen scheint unvermeidlich. Die Frage ist – wie: Wird sie mit Gewalt von oben implantiert oder als demokratischer Prozeß von unten entwickelt?

Was ist zu beobachten?

Rußlands statistisches Führungszeugnis weist zur Zeit weiter bergab. Seit der letzten großen Krise im Sommer des Jahres 1998 steigt die Inflationsrate wieder, die Produktivität sinkt. Auch wenn die Reserven des Landes unerschöpflich scheinen, so ist doch klar, daß das nicht immer so weitergehen kann. Um den amtierenden Präsidenten ist es ruhig geworden. Von ihm sind keine neuen Impulse zu erwarten. Das hat wenig mit seiner Gesundheit, dafür um so mehr damit zu tun, daß seine Zeit politisch vorbei ist. Die Phase der schnellen Umverteilung, gemeinhin Privatisierung genannt, ist weitgehend abgeschlossen. Was wird, was kann politisch gesehen?

Jewgenij Primakow war ein Übergangspremier. Boris Jelzins letzte große Aufgabe besteht darin, solange physisch präsent zu bleiben, bis das Amt des Präsidenten in neue Hände übergegangen ist. Das ist, ungeachtet des Spottes, der dem alten Mann gegenwärtig entgegenschlägt, eine für Rußland lebenswichtige Funktion, denn jeder weiß, was eine Destabilisierung der Zentralmacht zum jetzigen Zeitpunkt bedeuten würde.

Umsturz und anschließende Diktatur kann gegenwärtig niemand wollen, am allerwenigsten die Kräfte, die gemeinhin mit der Mafia in Verbindung gebracht werden. Gerade sie profitieren von der Unentschiedenheit der gegenwärtigen Situation; darüber hinaus brauchen sie eine ruhige Entwicklung, um ihre Gelder schrittweise zu legalisieren.

Ähnliches gilt für die regionalen Eliten, die gegenwärtig mit Nachdruck dabei sind, ihre Positionen gegenüber der geschwächten Zentralgewalt auszubauen. In der wachsenden regionalen Souveränität zeigt sich eine, wenn nicht die zukunftsweisende Kraft des neuen Rußlands. Nur befindet sich dieser Prozeß noch in einem solch zarten Stadium, daß jede Destabilisierung ihn nicht nur unterbrechen, sondern in gewaltsame Auseinandersetzung mit dem Zentrum verwandeln könnte.

Die Kommunisten schließlich verfolgen schon lange, entgegen allem Anschein, den ihre laute Propaganda erwecken könnte, kei-

Kai Ehlers – Jg. 1944, studierte Theaterwissenschaft, Publizistik, Germanistik und Geschichte, zunächst in Göttingen, ab 1968 in Berlin. Im Zuge der 68er Bewegung verließ er die Universität zugunsten journalistischer und politischer Praxis, arbeitet als selbständiger Buchautor, Publizist bei Funk und Presse.

Schwerpunkt: Veränderungen im nachsovjetschen Raum und deren Folgen.

nerlei umstürzlerische Ziele mehr. Nach dem kurzen Aufbäumen 1991 und noch einmal 1993 sind sie vollkommen auf das zurückgesunken, was sie schon vor der Perestrojka waren: eine Partei des Establishments. Nur sind sie dies jetzt nicht mehr als Partei der Macht, sondern der Opposition, einer Opposition allerdings, die fest in die regionalen und lokalen Macht- und Verwaltungsstrukturen verwoben ist. Ihre Impeachment-Kampagne gegen den Präsidenten ist nur das Überdruckventil, durch das nicht integrierbare Kritik stabilitätsfördernd abgeführt werden kann.

Die Zweideutigkeit der politischen Situation drückt sich darin aus, daß zwar niemand gegenwärtig ernsthaft daran denkt, die Regierung aus dem Sattel zu werfen; niemand aber auch – außer Wladimir Shirinowski – an einer formgerechten Festschreibung eines neuen Burgfriedens interessiert ist.

Die Kräfte, die effektive Alternativen zum jetzigen Kurs repräsentieren, haben sich lange Zeit zurückgehalten, ohne sich formal an einen Burgfrieden zu binden. Das war bis vor kurzem Juri Lushkow in Moskau, und Alexander Lebed in Krasnojarsk tut es immer noch; beide sind potentielle Kandidaten für die Neubesetzung des Präsidentenamtes im Sommer 2000. Was sie als wichtigstes Argument für sich ins Feld führen, ist nicht allein ihr Wille zur Stabilisierung; darin unterscheiden sie sich nicht wesentlich von weiteren potentiellen Kandidaten. Sogar die ehemaligen Privatisierer um Jegor Gaidar, Anatoly Tschubajts, Boris Nemzow u.a. machen solche Versprechungen. Was die Neuen für sich ins Feld führen, ist ihre Fähigkeit, die anstehende Restauration praktisch in die Wege zu leiten. Dafür brauchen aber auch sie Zeit.

Juri Lushkow kann eine Boomtown Moskau vorweisen, Moskau als »Modell«. Nun weiß jeder, daß dies nicht allein auf seinem Mist gewachsen, sondern der Tatsache zu verdanken ist, daß 80 Prozent der Einnahmen der russischen Föderation nach Moskau fließen, jedoch keine 30 Prozent des Haushalts an die Regionen zurückgehen, daß sich in Moskau Mittel und Know how des Landes konzentrieren usw. usf. Juri Lushkows anerkannte Leistung besteht darin, diesen Reichtum genutzt zu haben, indem er die Stadt Moskau zum größten Unternehmer Moskaus machte. Diese Botschaft versucht er zu exportieren, indem er als Bürgermeister von Moskau ärmeren Regionen bei profitverheißenden Projekten finanziell, personell und mit Know how unter die Arme greift.

Alexander Lebed hat sich entschlossen, genau vom anderen Ende her zu beginnen: Er, der seine Karriere in Afghanistan begann, über seine Friedensschlüsse in Transnistrien 1992, über seine Rolle in Tschetschenien 1994 und 1995 und als dritter bei den Präsidentenwahlen 1996 in die Moskauer Machtzentrale kam, versucht diese heute von der Region her einzunehmen.

Gegensätzlicher – und doch im Wesen identisch – könnten Kandidaten nicht sein: Zivilist der eine, General der andere. Für Alexander Lebed ist Afghanistan zur Lehre geworden, daß Krieg kein Mittel zur Lösung der russischen Krise sein könne. Alexander Lebed begann seinen politischen Weg mit starken nationalistischen Tönen; heute hält er sich vom extrem nationalistischen und antisemitischen »Kongreß russischer Gemeinden« fern. Zivilist Juri

Lushkow dagegen warf sich mit nationalistischen Argumenten für eine starke Schwarzmeerflotte ins Gefecht, inszenierte rassistische Säuberungskampagnen gegen Kaukasier in Moskau und wirbt neuerdings um eben jenen »Kongreß der russischen Gemeinden«. Gemeinsam mit ihm wirft er Alexander Lebed wegen des Friedensschlusses in Tschetschenien bis heute Verrat nationaler Interessen Rußlands vor.

Noch einiges dieser Art ließe sich aufzählen. Das alles aber bleibt politisches Make-up angesichts dessen, worin sich die beiden Kandidaten gleichen: Es ist der Pragmatismus der Macht, der die bestehenden ökosozialen Strukturen von Staats wegen nutzt, statt sie aufzulösen und weitere soziale Desintegration zu riskieren. Bürgermeister Lushkow schaffte es, Anatoly Tschubajs das Recht abzutrotzen, Moskau in eigener Regie zu privatisieren. So wurde zwar auch in Moskau privatisiert, das heißt, Staatskapital in Aktienkapital umgewandelt, aber Moskaus größter Besitzer, Unternehmer und Finanzier in einer Person wurde die Stadt Moskau selbst, vertreten durch politisch kontrollierte Banken, das heißt letztlich durch Bürgermeister Lushkow als politische Vaterfigur. Viele Betriebe blieben zudem, im Gegensatz zu der von Anatoly Tschubajs, Alfred Koch u.a. vertretenen Linie, in der Hand der Betriebskollektive.

Was so in Moskau entstand, ist ein staatlich regulierter Kapitalismus mit gewählten Leitungen und Direktoren, in dem die wenigen unabhängigen Kleinunternehmer sich nach der staatlich vorgegebenen Decke strecken müssen, wenn sie überleben wollen. Das betrifft auch ausländische Firmen. Das ist – entgegen jedem Anschein – keine Marktwirtschaft westlichen Zuschnitts, sondern Verwaltungskapitalismus nach russischer Art.

Alexander Lebed demonstriert dasselbe Modell in Krasnojarsk, seine Parteigänger in Städten wie Nowosibirsk oder anderswo. Der Form nach handelt es sich bei dem, was da entsteht, um kollektive Privatisierung, staatlich gefördert und reguliert. Man bemüht sich, die noch bestehenden kollektiven Arbeits- und Versorgungsstrukturen der Betriebe als Basis für Mitbeteiligung und Mitbestimmung zu nutzen und auch die Versorgungsstrukturen zu erhalten.

Die Wege, die Alexander Lebed ebenso wie Juri Lushkow zur Erreichung dieser Ziele einschlagen, sind: 1. Ordnungskampagnen gegen Korruption und Mafia; für eine »Diktatur des Gesetzes«, wie Alexander Lebed es formuliert. 2. Sichtbare Entrümpelung der Bürokratie. 3. Kleinarbeit vor Ort, in den Betrieben, Institutionen, Kommunen, auf dem Lande. Eine frontale Konfrontation mit der Mafia wird es nicht geben – weder bei Juri Lushkow noch bei Alexander Lebed. Alexander Lebed etwa differenziert in Verbrecher, in eine Grauzone der Illegalität und in Kleingewerbetreibende, die durch eine falsche Steuerpolitik illegalisiert werden. Die von ihm ins Auge gefaßten Maßnahmen lauten dementsprechend: Todesstrafe für Verbrecher, Einbeziehung der Grauzone in staatliche Verantwortung, Entkriminalisierung der kleinen Steuerzahler durch eine Neuregelung der Steuerpolitik. Und Juri Lushkow muß sich gegen Behauptungen wehren, er sei bei dem Versuch, die Mafia auszuhebeln, selbst von ihr nicht mehr zu unterscheiden.

So viel aber ist sicher: Vorausgesetzt, Boris Jelzin bleibt bis zu den Wahlen im Sommer 2000 physisch präsent, wird es keinen abrupten, keinen gewaltsamen, sondern einen sanften Übergang geben. Dabei spielt es eine untergeordnete Rolle, ob Juri Lushkow oder Alexander Lebed das Rennen macht. Chancen haben sie beide, der eine, weil er aus dem Zentrum, der andere, weil er nicht aus dem Zentrum agiert. Pragmatiker sind sie beide. Eventuelle Konkurrenten könnten nur auf dieser Linie erfolgreich agieren. Diese Konstellation könnte Boris Jelzin sogar noch zu einem Leben über den politischen Tod hinaus verhelfen.

Das Ende der Ära Jelzin ist zugleich ein Wendepunkt bisheriger westlicher Rußlandhilfe. Der Internationale Währungsfonds ist wegen seiner Mißerfolge selbst in den eigenen Reihen in die Kritik gekommen. Treibendes Motiv der Rußlandpolitik Helmut Kohls war die Wiedervereinigung. Sie war ihm die Lieferungen von Hilfsgütern, Kompensationszahlungen und Soforthilfekrediten in der Höhe von 60 Milliarden DM wert. Damit stand das damalige Westdeutschland in den Jahren 1989 bis 1991 einsam an der Spitze der ersten Rußlandhelfer.

Angesichts dieser starken Belastung versuchte die Bundesregierung, die übrigen Mitglieder der »G-7« gleichfalls zu stärkerem Einsatz zu bewegen. Die – allen voran die USA unter Präsident George Bush, sodann England unter Margaret Thatcher – machten ihre Unterstützung jedoch von der Durchführung radikaler marktwirtschaftlicher Reformen in Rußland abhängig. Japan verweigerte generell wegen der ungelösten Kurilenfrage jegliche Hilfe.

Erst als Boris Jelzin Michail Gorbatschow 1991 mit dem Programm einer »Schocktherapie« ablöste, waren die übrigen »G-7«-Länder zu größeren Einsätzen bereit. Dynamik bekamen diese allerdings erst im Zuge der von Bill Clinton seit seinem Amtsantritt 1993 propagierten neuen Partnerschaft mit Rußland. Er instrumentalisierte dafür vor allem den IWF, den er dahin drängte, »leichte Kredite« zu geben.

Praktisch hieß das: Jedesmal, wenn die russische Krise sich akut zuspitzte, waren IWF, Weltbank und auch die »European Bank for Reconstruction and Development« (EBRD) mit neuen Kreditpaketen zur Stelle, die dabei immer an die Forderung nach »konsequenten Reformen« gekoppelt waren. Insgesamt wurden auf diese Weise bis heute Kredite in Höhe 200 Milliarden Mark an Rußland in Aussicht gestellt, allerdings keineswegs alle gezahlt. Nach der Sommerkrise 1998, die Rußland an den Rand des Zusammenbruchs brachte, stellte der IWF die Zahlungen vorläufig ein, allerdings nicht ohne der russischen Regierung Hoffnungen zu machen, daß bei »konsequenten Reformen« doch wieder gezahlt werden könnte. Was gemäß der Statuten des IWF als Wirtschaftshilfe definiert ist, erweist sich als ein politisches Instrument, mit dem versucht wird, die nachsowjetischen Gesellschaften auf einen vom Westen definierten Reformkurs zu zwingen.

Dieser Kurs wurde im Frühjahr 1991 in Gesprächen festgelegt, die Boris Jelzin – damals Präsident der Russischen Republik im Rahmen der noch bestehenden UdSSR – in Washington führte. Das geschah parallel zum Londoner Gipfel der »G-7«, der Gorba-

tschow die Unterstützung verweigerte, wenn er nicht erst seine »Hausaufgaben« gemacht habe, wie es die Presse seinerzeit formulierte.

Das Programm, mit dem Boris Jelzin und seine Mannschaft um Jegor Gaidar antraten, entsprach bis hinein in einzelne Formulierungen den ausgearbeiteten Vorgaben des IWF. Kern des Programms war die radikale Privatisierung bei gleichzeitiger »Politik des knappen Geldes«, in deren Zuge durch Währungsreform, Abbau von Subventionen, Streichung sozialer Leistungen etc. Geld aus dem Lande in die neu entstehenden, vor allem Moskauer, Finanzzentren gezogen werden sollte. Den politischen Rahmen für die Reformen sollten die Umwandlung der sowjetischen Rechtsordnung in eine solche demokratischen Typs und die Einbindung Rußlands in das europäische Sicherheitssystem bilden; später kam die Ausweitung der NATO nach Osten hinzu. Das Ergebnis: nicht freie Marktwirtschaft, sondern Entindustrialisierung, nicht Demokratisierung, sondern soziale Desintegration, nicht mehr Sicherheit, sondern politische Instabilität.

Die Privatisierung schuf kein produzierendes Privateigentum, sondern zerlegte das frühere Staatseigentum unter der Vorgabe der Entstaatlichung in einen Sektor hochkonzentrierten spekulativen Kapitals auf der einen Seite und die Mehrheit einer vom Geld abgespaltenen Bevölkerung, die von Naturaltausch, Schatten- und Subsistenzwirtschaften lebt, auf der anderen Seite. Das schließt Direktoren kleinerer Betriebe mit ein.

Die Sicherheitspolitik schuf kein verlässliches neues System gleichberechtigter Partner auf dem euroasiatischen Kontinent, sondern eine gefährliche Halbheit: Einerseits wurde Rußland zu einem Teil Europas erklärt, andererseits wird es durch die NATO-Erweiterung faktisch bedroht, mindestens aber halb eingekreist. Im Ergebnis läuft das auf den Versuch einer Neutralisierung Rußlands hinaus. Diese Tatsache wird durch Rußlands beratende Stimme im NATO-Rat nicht gemildert, sondern im Gegenteil noch verstärkt.

Angesichts solcher Ergebnisse wird verständlich, daß es inzwischen nicht wenige Menschen in Rußland gibt, die diese Reformen nicht nur als Fehler betrachten, sondern dahinter die politische Absicht des Westens, speziell der USA, vermuten, den sowjetischen, danach auch noch den russischen Konkurrenten zu schwächen und in einer Spirale von wechselnden Kreditversprechungen und deren Verweigerung von sich abhängig zu machen und zu neutralisieren. Daraus ist eine antiwestliche Stimmung von gefährlicher Kraft entstanden, die sich ausbreitet.

Die Kritik von Horst Köhler, dem Präsidenten der Osteuropabank, daß der Westen damit aufhören müsse, Rußland seine Vorstellungen per Kreditpolitik des IWF aufzuzwingen und statt dessen an den gewachsenen Strukturen des Landes anknüpfen solle, wenn er Demokratie und Marktwirtschaft in Rußland stärken wolle, war die schärfste, die aus den eigenen Reihen kam.

Würde man sie ernst nehmen, was durchaus zu wünschen wäre, dann müßte als erstes das Primat der Privatisierung aufgekündigt werden, das die letzten Jahre bestimmt hat. Die Reformen haben zum Teil den Charakter einer Zwangsprivatisierung angenommen.

Unterstützenswert wäre statt dessen die Entwicklung einer gemischten Wirtschaft, in der die immer noch bestehenden Staatsbetriebe in privatwirtschaftlich organisierte Beteiligungsmodelle verwandelt werden, während das neu entstandene und weiter entstehende Privatkapital andererseits einer Sozialpflicht unterworfen werden müßte. Solche Reformen können nur auf den gewachsenen kollektiven sozioökonomischen Strukturen aufbauen. Das bedeutet, sie müssen von der realen Existenz der kollektiven Landwirtschaft, also von Kolchosen und Sowchosen und der Existenz kollektiv betriebener Produktionsstätten ausgehen, die als bloße Ansammlung privatisierter Individuen nicht existenzfähig wären, im Verlauf der Reformen aber in vielen Fällen Träger einer kollektiven Privatisierung werden würden. Dies wäre eine von der tatsächlichen Entwicklung der letzten Jahre vorgezeichnete Alternative zu den vom IWF vorgeschlagenen Massenentlassungen und ein Weg zu Verhältnissen, die demokratischen Charakter tragen.

Neu wären auch die Beziehungen Westeuropas zu Rußland zu definieren. Der Westen muß die Tatsache anerkennen, daß Rußland nicht nur geographisch, sondern auch kulturell, politisch und ethnisch in Europa und in Asien liegt. Es ist unsinnig, Rußland zu einem Teil des atlantischen Verteidigungsbündnisses machen zu wollen – und es dann durch die NATO-Erweiterung wieder auszugrenzen. Es müssen vielmehr neue Formen gefunden bzw. auch vorhandene wie KSZE oder OSZE so entwickelt werden, daß Rußland zum Teil eines Sicherheitssystems wird, welches Asien und Europa verbindet, das heißt, eines weltweiten Netzes. Darin haben die russisch-deutschen bzw. die russisch-westeuropäischen Beziehungen den Stellenwert bilateraler Beziehungen, die sich in das Gesamtnetz einfügen.

Schließlich müßte eine Politik auf der von Köhler skizzierten Linie sich von der Zentrierung auf Moskau lösen. Die Unterstützung regionaler Entwicklungsprojekte von deutscher Seite ist nicht nur im Interesse kontrollierbarer Effektivität dringend geboten. Sie würde auch die Umwandlung des Zentralstaats in eine Organisation gleichberechtigter politischer Subjekte und somit eine langfristige Demokratisierung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Ländern und Völkern auf dem euroasiatischen Kontinent bewirken. Sie muß sich dabei aber hüten, innerrussischen Entscheidungen vorzugreifen, die sich in der Fragestellung »Föderation oder Konföderation« ausdrücken.

An der Haltung zu diesen drei Punkten: Privatisierung, (West-)Europabindung Rußlands, Moskauer Zentralismus wird eine zukünftige deutsche Rußlandpolitik gemessen werden müssen.